

SHORT NEWS

Einheitsstatu im Anmarsch

Ab Januar wird in der Privatwirtschaft nicht mehr nach Arbeitern und Angestellten unterschieden. Ob dieser aus politischer Sicht überfällige Schritt auch zu einer Vereinfachung auf administrativer Ebene führen wird, bleibt abzuwarten. Der Deklarationsaufwand der einzelnen Betriebe jedenfalls wird komplizierter und umfangreicher. Was sie die Umstellung kosten wird, klärt sich erst dieser Tage, wo ihnen ein Schreiben zugeht, in welchem steht, wie hoch ihr „taux d'absentéisme“ angesetzt ist. Damit wird nicht etwa die Arbeitsunlust der MitarbeiterInnen berechnet, sondern die Ausfalltage durch Krankheit zwischen Januar 2007 und Juni 2008. Eine willkürliche Referenzperiode, die kleinere Betriebe benachteiligt, die in dieser Zeit einen außerordentlichen Krankheitsausfall hatten - etwa weil ein Belegschaftsmitglied sich einer größeren Behandlung unterziehen musste. Der jetzt mitgeteilte Wert entscheidet über den Beitrag, der abgeführt werden muss, um die 80-prozentige Lohnfortzahlung, die ab Januar im Krankheitsfall gilt, zu finanzieren. Es fällt auf, dass der Sprung von der ersten zur zweiten, von insgesamt vier Stufen, besonders hoch ausfällt. Sehr zur Zufriedenheit jener Großbetriebe, bei denen das Krankheitsrisiko ohnehin ziemlich gering ist.

Aktive Sterbehilfe in zweiter Lesung

Mit einer emotionsgeladenen Rede hat die CSV-Abgeordnete Nancy Arendt ihre Befürwortung der Gesetzesinitiative Err/Huss zur aktiven Sterbehilfe auch in zweiter Lesung bekräftigt. Damit bleibt sie die einzige ihrer Partei, die trotz eines enormen Drucks der aktiven Sterbehilfe in Luxemburg einen legalen Rahmen zugestehen will. Ihre Standhaftigkeit war so etwas wie die Nagelprobe, ob das Votum aus erster Lesung Bestand haben würde. Nachdem die Vorlage einige Anpassungen erfahren hat, die vor allem die Kontrolle vor und nach dem aktiven Eingriff des behandelnden Arztes verschärfen sollen, musste die Kammer erneut über das Gesetz abstimmen. Auch nach einem positiven Votum, dürfte nicht klar sein, wann das Gesetz überhaupt in Kraft treten kann. Nach den (noch) geltenden Regeln, wird der Grand-Duc das Gesetz wohl nicht „sanktionieren“. Die Verfassungsänderung, die ihm diesen Schritt ersparen würde, ist ihrerseits noch nicht in Kraft - und könnte bis Weihnachten noch durch eine Referendumsinitiative ins Stocken geraten.

woxx@home

Les oeufs à plat

Au woxx, comme vous le savez, on ne rigole pas avec la parité entre les sexes. Pourtant, la rédaction compte actuellement plus d'hommes que de femmes. Ce qui explique de temps en temps quelques petits dérapages machistes dans nos colonnes. Mais de temps en temps seulement, parce qu'elles nous surveillent ! C'est que vous ne savez pas ce que c'est que de travailler avec des amazones. Prenez cette semaine : un des chiens de la rédaction vient de perdre deux parties de sa précieuse trinité. La castration canine, ce serait pour le bien du meilleur ami de l'homme, qu'ils disent. Et bien non. En fait, il s'agit d'un vaste complot ourdi par l'internationale féministe, destiné à intimider les hommes réfractaires au gender mainstreaming. Si, si, demandez à Fernand Kartheiser ! Et nous pouvons vous certifier que depuis quelques jours, devant l'horrible indifférence des collaboratrices du woxx face à cette ignoble mutilation, les journalistes mâles, livides, se tiennent à carreau. Alors détrompez-vous : si nous donnons parfois l'impression de ne pas avoir de couilles, c'est dans l'unique souci de pouvoir les garder.

AKTUELL

GRÜNE UND KRISE

Der Wolf ist mein Hirte

Raymond Klein

Dass die Mainstream-Ökonomen für die Krise viele Erklärungen aber kaum Lösungen haben, bestätigte eine von den Grünen organisierte Konferenz. Liberalisierung und Finanzkapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen war kein Thema.

Über hundert Personen hatten sich am Mittwoch Abend im großen Saal der Handwerkerkammer eingefunden, um eine Antwort zu bekommen auf die Frage „Was wirkt gegen die Krise?“ Zu diesem Thema hatten die Grünen Norbert Walter, den bekannten Chefvolkswirt der Deutschen Bank eingeladen. Ein Bankier bei den Grünen? Immerhin ist Walter ein Ökonom der besonderen Art: vollbärtig, als Querdenker berüchtigt und bekennender Katholik.

Vor allem aber ist er ein pragmatischer Liberaler. So befürwortete Walter staatliche Konjunkturprogramme - und kritisierte sogar die mangelnde Entschlossenheit der europäischen Politiker und den dogmatischen Anti-Keynesianismus der Wirtschaftsexperten. Er sprach sich auch für eine gesetzliche Neuregelung der Rating-Aktivitäten aus.

Das wars dann aber schon in Sachen staatliche Eingriffe. Norbert Walter machte mehrfach klar, dass er der individuellen Freiheit einen großen Stellenwert einräumt. Gemeint ist damit, dass, wo nur möglich, das menschliche Zusammenleben vom Markt geregelt werden soll statt über politische Mechanismen. Eine gewisse Konsequenz zeigte er, als er Rettungsprogramme für große Industrieunternehmen ablehnte. Gegen die Milliardensummen, die in die Finanzwirtschaft gesteckt wurden, sprach er sich aber nicht aus - bei aller Querdenkerei vergisst er wohl nicht, wer ihn bezahlt.

Klar, dass Walter als Insider auch das seit den 80er Jahren eingeführte Finanzsystem, das unter anderem auf der Umverteilung des Mehrwertes weg von der Arbeit hin zum Kapital beruht, nicht in Frage stellte. Die Antworten darauf, wie es jetzt weitergehe und ob die Rettung der Weltwirtschaft gelinge, zeugten vor allem von Ratlosigkeit. Ein paar Tipps für die Weiterentwicklung des Luxemburger Finanzplatzes ließ der Bankenfachmann immerhin springen.

Für ZuhörerInnen mit linken Überzeugungen war der Vortrag von Norbert Walter eine intellektuelle Herausforderung, vergleichbar etwa der Lektüre des Economist - und noch dazu unterhaltsamer. Bleibt die Frage, weshalb die Grünen gerade einen liberalen, marktgläubigen Bankier eingeladen hatten, um mit ihnen die Krise zu analysieren.

Der Europaabgeordnete Claude Turmes drückte am Ende seine Zufriedenheit über die „unbequemen Bemerkungen“ von Walter aus. Dieser hatte in der Tat über den „Fotovoltaik-Blödsinn“, also die in seinen Augen übertriebene Förderung im sonnenarmen Deutschland gelästert und den Grünen geraten, stärker ökonomisch statt ökologisch zu argumentieren. Daran dürften im Saal einige schwer geschluckt haben, doch auf der Tribüne drückte der grüne Chef François Bausch dem Chefvolkswirt seine Zustimmung aus.

Bausch würdigte auch - wohl an die Adresse der Bankiers im Publikum gerichtet - die Wohltaten des Finanzplatzes: Steueraufkommen und Multikulturalität. Ohne dabei ein Wort an den Schaden und die Zerstörung zu verschwenden, die auf das Konto der Finanzwirtschaft allgemein und insbesondere der Steuerflucht gehen. Auch die Frage einer gerechteren Verteilung des Mehrwertes, die für einen gemäßigt linken Ökonomen wie Michel Aglietta der Angelpunkt der Krisenbewältigung ist, war für die intervenierenden Grünen kein Thema. Ist die Partei, wie böse Zungen behaupten, völlig zum Ökoliberalismus bekehrt?

Mit dem Slogan „Neit Kapital fir Lëtzebuerg“ waren die Grünen 2004 erfolgreich zu den Chamberwahlen angetreten. Der Traum von einem grünen Kapitalismus scheint trotz Krise in manchen Köpfen weiterzuspukeln und war wohl einer der Gründe um Norbert Walter einzuladen. Die Demonstration der Nähe zu Finanzwelt und Wirtschaft hätte vor zwei Jahren vielleicht noch als kluge PR gegolten. Doch jetzt, da die sozialen Fragen sich mit neuer Dringlichkeit und Intensität stellen, war sie sicherlich ein falsches Signal an den linken Teil der grünen Gefolgschaft.

